

# Saaleische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Jahrgang 213

für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 585

Bezugspreis: Für Abnehmer und einjährige Bezugsnehmer monatlich 1,20, vierteljährlich 3,20, halbjährlich 6,00, jährlich 11,00, einschließlich Post, Porto, Versicherung.  
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postbezugsort: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe  
Donnerstag, 30. Dezember

Anzeigenpreis: Die Spalte 34 mm breit mit 10 Zeilen 100 A. Die Spalte 30 mm breit mit 10 Zeilen 120 A. Aben nach Entsch. 2. Weltkrieges 100 A. —  
Geschäftsstelle Berlin: Bernauer Str. 30, Fernruf Zim. Kurffürst Nr. 6290  
Eigene Berliner Schriftleitung. — Der Ort an. Druck von Otto Heile, Halle-Saale

## Ein Ultimatum in der Einwohnerwehfrage

### Neueste Tagesnachrichten

- Die unter Leitung des Ministers Gröner in Dresden abgehaltene Konferenz der Eisenbahndirektionspräsidenten nahm zur Lage des deutschen Eisenbahnwesens sowie zur gegenwärtigen Beamtenbewegung Stellung.
- Das französisch-belgische Wirtschaftskomitee nimmt seitdem nach den jüngsten belgischen Redaktionen nicht aufstehende zu kommen.
- Der italienische Senat hat die Vorlage über die preussischen Budgetschwübel angenommen und sich darauf verurteilt.
- Der Waffenstillstand in Ruine ist verlängert worden.
- Ausland hat die wirtschaftlichen Beziehungen mit Amerika abgebrochen.
- Die Kommunisten planen am Todestage der Zugewandte Waffendemonstrationen zu veranstalten.

### Die neue Einwohnerwehr-Note

(Von unserem Sonderberichterstatter)

h. Berlin, 29. Dezember.

Wie ich aus Ostpreußen höre, steht die Abwendung einer neuen Note durch die alliierten Regierungen an die deutsche Regierung bevor, in der abermals gegen die Einwohnerwehren Protest erhoben wird. Angeblich haben die Alliierten Repressalien ins Auge gefaßt. Die Entente will in einem Ultimatum an die Reichsregierung dieser davon Mitteilung machen, daß sie in einen weiteren Aufbruch der Auflösung und Entzweiung der deutschen Einwohnerwehren nicht einwilligen könne. Unter den Druckmitteln, die gegebenenfalls zur Anwendung kommen sollen, steht nicht nur die Befegung des Ruhrgebietes, sondern auch ein Einmarsch in Bayern. Generat Kellat wird wahrscheinlich in der nächsten Woche in Berlin eintreffen und der deutschen Regierung dann verbindlich die festen Beisprüche der Regierungen von Paris und London übermitteln.

### Die Eisenbahn-Konferenz in Dresden

h. Dresden, 29. Dezember.

Am Dienstag fand in Dresden die dritte Präsidentenkonferenz der Reichseisenbahnen unter Leitung des Reichsverkehrsministers Gröner statt. Vorher einer Reihe laufender Verhandlungsgesprächen wurde die politische und wirtschaftliche Lage der Eisenbahnen besprochen. Eine erste Verhandlung in den sachlichen Ausgaben und im Materialverbrauch, der Berücksichtigung der Personalzahl auf das notwendige Maß, sorgfältige Ausbildung des Personals zur Erzielung hochwertiger Leistungen wurden als dringende Aufgaben des kommenden Jahres bezeichnet, um in Verbindung mit der vom Tarifausschuß des Sachverständigenrats empfohlenen Tarifreduktion die wirtschaftliche Bewandlung der Eisenbahnbetriebe herbeizuführen. Es wurde darauf hingewiesen, daß ein beginnendes Wiederherstellen des ganzen Apparates und ein wachsendes Interesse des Verkehrs an den Leistungen der Eisenbahn festgehalten werden könne. Weibes werde allerdings durch die erste Bewegung in der Beamtenfrage und durch die Verluste gefährdet, die Beamten zu unüberlegten Handlungen zu verleiten. Die Präsidenten erklärten einmütig die Notlage der Beamten in weiten Kreisen des Reiches an. Der Minister wies darauf hin, daß Reichsregierung und Parlament die Notlage der Beamten ebenfalls durchaus anerkennen und durch die im Dezember getroffene Maßnahme begannen hätten, ihr abzuhelfen. Die Beamten müßten sich jedoch darüber klar sein, daß der von ihnen eingeschlagene Weg, durch Streikdrohungen eine Besserung ihrer Lage zu erzielen, falsch sei, denn die Eisenbahnen würden durch einen Streik, ganz abgesehen von der ungenutzten und verhängnisvollen Erschütterung der ganzen deutschen Volkswirtschaft, die Grundlage ihrer eigenen Existenz verlieren. Die Reichsregierung werde am dem in der Kundgebung vom 17. Dezember enthaltenen Standpunkt gegenüber dem Beamtenstreik unerschütterlich festhalten. Die vom Minister zu der Kundgebung der Regierung erlassenen Maßnahmen wurden den Präsidenten erneut eingeschärft.

Zur von den Eisenbahnenkommissionen eingeführte Sachverständigenrat erfolgt folgende Erklärung:  
Die Eisenbahnenkommissionen des Eisenbahnpersonals haben durch die Schaffung einer länderlosen Eisenbahnen zur Bewahrung der berechtigten wirtschaftlichen Interessen aller Eisenbahnen kein Ausdehnen wider Streiks bezweckt und die Bezeugung

in geordnete Bahnen gesungen. Um so unverständlicher ist es, daß der Reichsverkehrsminister, anstatt durch absoldative Aufnahme von Verhandlungen die Organisationen in diesen Beziehungen zu unterstützen, durch Herausgabe von Streifenlassen und Drohungen mit Disziplinarmassnahmen, zu denen ein tatsächlicher Anlaß nicht gegeben ist, die Lage verdirbt und die draußen herrschende Erregung ins Ungemessene steigert.

Dieser Erlassen des Ministers stellt jeglicher Rechtsgrund. Der Reichsminister vermag sich lediglich auf eine Erklärung der preussischen Staatsregierung zu berufen, obwohl die Reichsverfassung, auf welche der Minister und die Beamten berechtigt sind, den Beamten in Streit mit dem Reich die volle, unbeschränkte Vereinigungsfreiheit gewährleistet.

Was jetzt zur Erörterung steht, ist nicht die Frage, ob die Eisenbahnen das Recht zum Streifen, sondern, ob sie für sich und ihre Familien die Mittel zum Leben haben. Pflicht einer Regierung, die von ihren Bedienten die Güte und hochwertige Leistung und von ihren Beamten ein besonderes Treueverhältnis verlangt, ist es, für deren Erhalten ausreichend zu sorgen. Dieser selbstverständlichen Pflicht ist die Regierung nicht nachgekommen und hat dadurch ihre Arbeitsschwerfart in eine Forderungslage gesetzt. Die Frage eines Eisenbahnerrechts wird nicht durch höhere Erlasse und Verordnungen entschieden, sondern durch das Maß des Entgegenkommens gegenüber den Forderungen der Organisationen.

Sehen den Versuch des Ministers, den Verhandlungsabstand zu verringern, erheben die Organisationen schärfsten Protest. Der Sachverständigenrat, der diese Kundgebung beschloß, hat sich aus Vertretern der Eisenbahnenorganisationen der Eisenbahnen und Arbeiter zusammengesetzt. Die Stellungnahme gegen Minister Gröner dürfte kaum dem heutigen, die heute nachmittag im Reichsverkehrsministerium beginnenden Verhandlungen zu erliegen. Die Einladungen der Regierung zu dieser Konferenz, die übrigens nur mündlich erfolgt sind, lassen vorläufig nicht erkennen, worüber der Reichs- und der Finanzminister verhandeln wollen. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte man sich zunächst grundständig über den Streifenlaß auseinandersetzen, bevor die materiellen Forderungen der Eisenbahnen besprochen werden. Eine gewisse Schwierigkeit entsteht aus dadurch, daß man die Gehaltswünsche der Eisenbahnen dem Reichsverkehrsminister Anfang Januar unterbreiten will. Innerhalb der Organisationen besteht der Wunsch, daß man sofort den neuen Tarif zur Beratung stellt, da aus dem Reich immer dringender die Forderung einer baldigen Entscheidung erhoben wird. Dieses Verlangen wird aus dadurch unterstützt, daß am Donnerstag die Bestimmungen der Eisenbahnen und Arbeiter in der Bewegung beendet sein werden, und daß die Vertreter der Organisationen durch den Ausbruch der Abstimmung eine gebundene Marschroute erhalten.

In einer von der Leipziger Ortsgruppe der Reichsvereinschaft heutiger Reichsbahnarbeiter und Arbeiter angetragenen landesweiten Versammlung wurde, so berichtet unser Sonderberichterstatter, zur Vorgabe genommen. Gegenüber dem Streikverbot des Reichsverkehrsministeriums wurde der Standpunkt eingenommen, daß die Beamten unbedingt, ohne ihren Dienst zu brechen, die verfassungsmäßigen Rechte für sich in Anspruch nehmen müssen für in das gebräuchliche Durchsetzung des wirtschaftlichen Kampfes ermöglicht. Der Artikel 118 der deutschen Reichsverfassung gilt für alle deutschen Staatsbürger, also auch für die Staatsbeamten.

### Um den deutschen Rhein

h. Berlin, 29. Dezember.

Am 4. Mai und 7. Dezember wurden auf Veranlassung des Vorkommens der internationalen Schiffsfahrtskommission in Köln, des französischen Oberst Dumont, zwei Polizeiboote der Rheinstrom-Bauverwaltung (Vingerhüt und St. Gori) von den Franzosen requiriert. Dem zuständigen deutschen Vertreter erklärte Oberst Dumont einige Tage später, er habe den Auftrag, die gesamte Schiffsahrt und Strompolizei auf dem Rhein innerhalb der französischen Zone zu übernehmen. Er werde daher sämtliche Polizeiboote der Rheinstrombauverwaltung in Weisloch nehmen und sie innerhalb der französischen Schiffsahrt und Strompolizei in Dienst stellen. Mit der Polizeiaufsicht kommt zu Lande wie zu Wasser wieder französische Offiziere beauftragt. Die Wasserbaubehörden müßten unter völliger Kontrolle der internationalen Schiffsfahrtskommission ihren Dienst verrichten. — Nach weiteren Nachrichten ist es anzunehmen, inwiefern dem französischen Einfluß gelangen, die internationalisierte Schiffsfahrtskommission zu beschließen, die auf die Übernahme der gesamten Polizeibehaltung auf dem Rhein innerhalb der vier bestellten Zonen durch die alliierten Militärbehörden abzielt.

Wie von zutüftlicher Stelle gemeldet wird, sind von den deutschen am 1.lichen Stellen alsbald nach dem Bekanntwerden der gegnerischen Absichten, die bewachten. Deutschland den letzten Rest seiner Freiheit durch den Vertrag von Versailles auf das äußerste eingeschränkten Vorkriegsrechte auf dem deutschen Rheinstrom zu nehmen, energische Schritte unternommen worden, um eine Aufhebung der getroffenen Anordnungen zu erreichen und weiteren Maßnahmen ähnlicher Art vorzubeugen.

Reichsbahnarbeiter in München. Die Deutsche Reichsbahn hat ihren Ministerpräsidenten beantragt, die Reichsbahnarbeiter des Reichsbahnverkehrs am 1.8. Januar in München unter Beteiligung des Staatsrats und der Reichsbahn Arbeiter in würdiger Weise zu feiern.

### Das Interesse Süddeutschlands an den preussischen Landtagswahlen

Von Prof. Georg v. Selow.

Die gegenwärtigen Reichstagswahlen haben die preussischen Landtagswahlen bis zum äußersten Termin hinausgeschoben, um noch möglichst viel auf Kosten der Allgemeinheit für ihre Parteinteressen einzuflechten. Viele für die Gesetzgebungen wären nicht beschlossen worden und viele ungläubige Beamtennennungen wären unterblieben, wenn die Wahlen zur rechten Zeit stattgefunden hätten. Gerade aber weil die heutigen Reichstagswahlen erkennen, daß sie die Wahlen unter einem neuen Landtag nicht mehr treiben könnten, haben sie den Wählerstimmen möglichst hinzu. Durch die ungeschickte Maßnahme sind viele hohe Werte — Werte im materiellen und ideellen Sinn — zerstört. Hoffen wir inbeiden, daß nach dem durch den jetzigen Landtag so viel verbrochen ist, die Wahlen für den neuen um so besser ausfallen.

Wir hoffen dies um Freuen willen, damit es von seiner jetzigen Mißwirtschaft bereit wird. Wir rechnen aber auf einen guten Ausfall der preussischen Wahlen zugleich um Süddeutschlands willen. Man kann heute oft im Süden das Wort hören: „Alles kommt jetzt auf den Ausfall der preussischen Wahlen an.“

Wir brauchen kein Wort mehr darüber zu verlieren, daß bei der Bildung der Reichsregierung im letzten Sommer nicht der rechte Augenblick zum Ausfall der Reichstagswahlen gegeben worden ist. Wenn durch den Eintritt der Deutschen (liberalen) Volkspartei in die Reichsregierung die politische Situation verbessert worden ist, so hätte doch die Besserung viel umfassender sein können. Aber infolge der Ausjagd der Deutschen kam nur etwas Halbes zustande. Die Halbheit wird natürlich im Süden ebenso wie im Norden empfunden. Einigenmaßen kann die Halbheit noch beseitigt werden durch einen guten Ausfall der preussischen Landtagswahlen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist Süddeutschland nicht weniger als Norddeutschland an den preussischen Wahlen interessiert.

Das demokratische, sozialistische Erbe der Revolution in Berlin hat eine furchtbare Reichsverschwendung herbeigeführt. Die Episode der Weimarer Reichsregierung lehrt, daß der Schaden nicht bloß an Berlin haftet, sondern daß das Land überall hin mit sich, wo sich nur die demokratische, sozialistische Reichsregierung niederläßt. Die Sonder- und Absonderungsbestrebungen gehen zum Teil auf ältere Tendenzen zurück, sind aber durch den Radikalismus der revolutionären Regierung wesentlich gefördert worden. So ist denn auch in Süddeutschland der Partikularismus gegenüber der Zeit vor der Revolution gewaltig gewachsen. Niemand sollte sich durch die Erträge der sog. Einheitsstaatspolitik täuschen. Sie ist ja nur Schein. Die Erträge mit seinen sog. unitarischen Bestrebungen hauptsächlich nur Brechen in eine Mehrzahl von Kleinstaatzen zerlegen will, so haben die „unitarischen“ Bestrebungen zu einem Teil bloß auf dem Papier, und soweit sie Wirklichkeit geworden sind, haben sie die Bevölkerung verärgert und den Partikularismus vergrößert. Abhilfe kann hier nur durch gründliche Beteiligung des Ertragsgebietes Geistes aus der Reichsverwaltung geschaffen werden. Eine solche Abhilfe ist geföhrt auf einen günstigen Ausfall der preussischen Wahlen. Mit dem Einzug einer Regierung in Breun, die den richtigen Weg geht, wird auch die Reichsregierung die richtige Richtung erhalten, damit das jetzige Radelmal der von unitarischen Vorhaben und Absonderungsbestrebungen aufhör. Vor der Revolution hatten wir eine langsam sich vollziehende Verklärung der Reichsgewalt, die mit Wahrung und Schonung der Einzelstaaten verbunden war. Eine Mißgefür zu dieser gefunden Entwicklung ist nur möglich bei einem Sieg der politischen Rechten.

Wir dürfen uns freilich nicht verheßen, daß die Absonderungsbestrebungen schon weit gehen sind. Die neue Reichsregierung hat ja gewissermaßen ihr Siegel darauf gedrückt. Sollen die preussischen Wahlen, wie es die Verfassung verlangt, im Frühommer stattgefunden, so wäre das Unheil nicht so weit vorgeschritten. Die letzte Gelegenheit aber, dem Verderben noch leidlich entgegenzutreten, bieten jetzt die preussischen Wahlen.

Da wir hier von Süddeutschland sprechen, gehen wir auf die Absonderungsbestrebungen in Schwaben, Niederbayern und am Rhein nicht näher ein und sollen nur die Bawerischen ins Auge fassen. Wären sie heute in dem, was der Bawerischen Reichsregierung verlangt, führender Staat. Inzwischen gerade in den hier in Betracht kommenden Verhältnissen erfüllt der bawerische Staat den Auftrag der Reichsregierung. Er muß in den nächsten Tagen, s. B. der Frage der Ertragsverteilung, von sich aus vorzugehen, während es sich doch dabei um eine Angelegenheit des ganzen Reiches handelt und die Reichsregierung die Sache von selbst und vor allen Einzelstaaten hätte in die Hand nehmen





